Fehmarn nicht von Nutzen sein, weil eine solch große internationale Linie ohne direkte Durchführung der Züge nicht lebensfähig ist. Die direkte Durchführung der über Wandsbeck in den Hamburger Hauptbahnhof einlaufenden Züge nach Hannover und Bremen ist aber bei der jetzigen Gestaltung des Hamburger Hauptbahnhofes nicht möglich und der Umbau des Hauptbahnhofs zu einer Kopfstation wird wohl kaum angängig sein.

Maßregeln gegen die Fleischteuerung wurden in einer Sitzung beraten, die unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters im Rathause stattfand. Es beteiligten sich daran die Senatoren Dr. Rosencrantz und Hampe und als Sachverständige Reichstagsabgeordneter Leube und Direktor Reimer vom Fleischschauamt. Man beriet über die Einführung von Gefrierfleisch aus Argentinien. Leube betonte dabei, daß die Reichsregierung die Einfuhr lebenden Rindviehs aus Nord- und Südamerika zulassen müsse. Durch diese Maßregel würde der jetzigen Teuerung wirksam abgeholfen. Erst wenn dies nicht gestattet werden sollte, müsse man als Notbehelf auf die Einfuhr von Gefrierfleisch aus Argentinien dringen. Diese Einfuhr sei aber nur dann möglich, wenn der § 12 des Fleischbeschaugesetzes geändert werde. Dieser Paragraph enthalte nämlich die Bestimmung, daß die Einfuhr solchen Fleisches nur mit den dazu gehörigen inneren Organen gestattet sei. Bleibe diese Bestimmung bestehen, dann gleiche sie einem Einfuhrverbot. Der § 12 des Fleischbeschaugesetzes müsse dahin geändert werden, daß die Einfuhr von Gefrierfleisch aus Argentinien in Vierteln ohne die inneren Organe erlaubt werde. Endlich aber, um den Konsumenten ein wirklich billiges Nahrungsmittel zu schaffen, müßte der Zoll auf Gefrierfleisch ermäßigt, d. h. es müßte der unter dem Reichskanzler Caprivi festgesetzte ermäßigte Tarif von M. 15 für 100 Kilogramm zur Anwendung gebracht werden. Dann trete sicher eine Verbilligung des Fleisches ein. Das alles mag bis zu einem gewissen Grade richtig sein. Daß es nicht ganz stimmt, beweist die Tatsache, daß in einigen Städten schon Gefrierfleisch eingeführt wurde. Wir erwarten deshalb, daß sich unsere Stadtverwaltung durch dieses Gutachten von einem Versuch, doch noch Gefrierfleisch herbeizuschaffen, nicht abbringen läßt.

Die Fleischnot und Herr J. H. Mohr. Von Herrn Stadtv. Mohr ging uns folgendes Schreiben zu: „In Ihrer Nr. 215 berichten Sie, daß ich in einer städtischen Kollegiensitzung in Altona erklärt hätte, „daß das Volk zu viel Fleisch genießt und daß es damit überfüttert wird". Diese Mitteilung ist unrichtig, ich habe weder diese Worte noch etwas ähnliches gesagt, sondern die Motivierung des Herrn Thomas für seinen Antrag unterstützt und ausdrücklich erklärt, es sei niemand im Saale, der anderer Ansicht sei wie Herr Thomas. Ich habe alsdann weiter gesagt, daß der Nährwert des Fleisches aber im allgemeinen ganz bedeutend überschätzt würde, weil in dem knochenfreien Rindfleisch 75 pZt. Wasser und nur 25 pZt. Eiweiß enthalten sei, und daß man diese 25 Prozent Eiweiß sich viel billiger in dem Eiweiß von Hülsenfrüchten verschaffen könne. Was nun Ihre Frage anbetrifft, ob ich von der 15 ₰-Suppe täglich esse, so kann ich diese Frage nur bejahen, und ist die Redaktion sowie jeder Leser dieses Blattes hiermit freundlichst eingeladen, sich täglich in unserer Fabrik zu überzeugen, wie schmackhaft und nahrhaft diese Suppen sind."

Wir haben hierzu zu bemerken, daß die von Herrn Mohr zitierten Worte nicht als wörtliche Rede in unserm Bericht angegeben waren, sondern in einer kritischen Betrachtung seiner Rede gewissermaßen die Konsequenz seiner Ansichten darstellten. Im übrigen glauben wir auch ohne Kostprobe an die Schmackhaftigkeit der Mohrschen Fabriksuppe, bestreiten aber, daß ein arbeitender Mensch sich davon ausreichend ernähren kann.

Mehr Rücksicht auf das Publikum. Bezeichnender Weise hat man in Altona wieder die Polizei mit der Ausgabe der Versicherungskarten für die Angestelltenversicherung beauftragt. Dabei hat man den Betrieb stark dezentralisiert, indem man die einzelnen Polizeiämter mit der Kartenausgabe betraute. Wir vermuten, daß dies geschah, um dem Publikum einen Gefallen zu tun. Diese Absicht wird aber vereitelt, wenn die Leute, wie es in einzelnen Fällen geschehen, auf eine Zeit vertröstet wurden, in der der Kommissar anwesend sei. Dabei wurde die für den Kommissar sicher sehr bequeme, für das Publikum aber recht unbequeme Zeit von 9 bis 10 Uhr vormittags angegeben. Es scheint so, als wolle man alles tun, um auch die Wahlen für die Angestelltenversicherung, wie die für die Ortskrankenkasse möglichst unter Ausschluß der Oeffentlichkeit vornehmen.

Verlegung eines Postamtes. Das Postamt Bürgerstraße, Ecke Wilhelmstraße, ist verlegt nach Große Roosenstraße 73/75.

Durch die Schutzvorrichtung aufgefangen. In der Hamburgerstraße kam der sechsjährige Schulknabe Carl Gerlitz beim Spiel mit anderen Kindern zu Fall, gerade als ein Straßenbahnwagen daherkam. Zum Glück fing die Schutzvorrichtung den Knaben auf, so daß ein Unglück verhindert wurde.

Werft keine Obstreste auf die Straße! In der Bahrenfelderstraße rutschte eine Frau auf einer Bananenschale aus und verletzte sich schwer am Oberschenkel.

Aus den Altonaer Gerichten.

Kautionsschwindel en gros. Wir schilderten schon einmal das Treiben der Kautionsschwindler Max Ansborn und Karl Thiele, die hier einen Verein der Filialleiter gegründet hatten und unter Vorspiegelungen Mitglieder für den Verein warben und außerdem für wertlose Filialbetriebe, die sie einrichteten, hohe Kautionen einsackten. Wie umfangreich ihr Gewerbe war, geht daraus hervor, daß sie an Vereinsbeiträgen à M. 5 etwa M. 800 einkassierten und außerdem Kautionen von M. 200 bis M. 500 im Gesamtbetrage von etwa M. 3700 erschwindelten. Vor dem Altonaer Schöffengericht hatten sie sich jetzt zu verantworten. Von der großen Zahl der Geprellten hatte man nur einige auserwählt, um ein Bild von dem Vorgehen der Angeklagten zu gewinnen. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung Ansborns zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis, M. 1000 Geldstrafe und zwei Jahren Ehrverlust, Thieles zu einem Jahr Gefängnis, M. 1000 Geldstrafe und zwei Jahren Ehrverlust.

Für einen Diebstahlsversuch sechs Monate Gefängnis. Ein schon oft bestrafter Mann hatte in einer Gastwirtschaft in Eidelstedt versucht, Geld aus der Kasse zu nehmen, als er glaubte, unbeobachtet zu sein. Es ist ihm aber nicht gelungen, etwas zu stehlen. Für diesen Versuch beantragte der Staatsanwalt eine Strafe von neun Monaten Gefängnis. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis. Ein solches Urteil war möglich, nachdem die Gesetze für leichte Diebstähle gemildert worden sind.

Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine alte Krankheit fort. Neben dem Reichspreßgesetz leistet sich Preußen bekanntlich noch ein besonderes Preßgesetz, das aus dem Reaktionsjahre 1851 stammt. Der darin enthaltene Schikanierparagraph wegen des unentgeltlichen Zettelverteilens wurde bisher hauptsächlich gegen unbeliebte politische Parteien angewandt. Daß auch das geschäftliche Leben dadurch beeinträchtigt werden kann, mußte ein Gastwirt von der Flottbecker Chaussee erfahren, der auf der Straße Reklamezettel für sein Geschäft verteilt hatte. Er erhielt einen Strafbefehl über M. 3, der auch vom Schöffengericht bestätigt wurde.

Nienstedten. Die Gemeindevertretung von Nienstedten hat sich vorige Woche auf Antrag unseres Genossen Klooß auch mit der Fleischteuerung beschäftigt. Man konnte hierbei sehen, daß die Herren von der Mehrheit wenig Verständnis für die Notlage der Arbeiter haben. Die Debatte war ihnen sehr unangenehm, denn man beantragte Uebergang zur Tagesordnung, was jedoch durch unseren Genossen Klooß verhindert wurde. Nach einer lebhaften Debatte wurde der Antrag gegen den Genossen Klooß und den Bürgerlichen der III. Kl. Herrn Dammann abgelehnt. Vorher war die Aufnahme einer Anleihe von M. 12 000 für Pflasterung der Elbchaussee bewilligt worden. Dann stand noch auf der Tagesordnung ein Aufruf zur Gründung einer selbständigen Ortsgruppe des deutschen Flottenvereins. Da diese Sache mit der Gemeindevertretung nichts zu tun hat, wurde sie von der Tagesordnung abgesetzt.

Stellingen-Langenfelde. Eine Protestversammlung gegen die Heranziehung der Grundbesitzer zu den Kosten der Entwässerung fand am Montag abend bei Vollbom statt. Bei der Eröffnung der Versammlung erklärte Herr Haase, daß an der Debatte nur Grundbesitzer und Gewerbetreibende teilnehmen dürfen. Aus den Ausführungen der verschiedenen Redner ergab sich folgendes Bild: Die Kosten für die Sielanlage waren auf 1½ Millionen Mark berechnet, für den laufenden Meter auf M 14—15. Die Anlage kostet jetzt aber vier bis fünf Millionen Mark. Dazu kommen noch die teuren Hausanschlüsse, so daß auf den laufenden Meter M 40—50 kommen. Ein Redner verlangte von der Regierung genaue Untersuchung über die Ursachen der kolossalen Mehrkosten. Auch über die hohen Betriebskosten (für den Kubikmeter Abwässer sind 6—8 ₰ zu zahlen) wird geklagt. Getadelt wurde die hohe Berechnung der Materialien bei den Hausanschlüssen; Steigeisen wird mit M 2 berechnet, das im Kleinverkauf 50 ₰ kostet. Es wurde eine Resolution beantragt, welche die Lage der Haus- und Grundbesitzer infolge der geschilderten Umstände als ungünstig bezeichnet. Ueber die Verwaltung der Gemeinde wurde Beschwerde geführt und verlangt, daß ein großer Teil der Aufwendungen auf den allgemeinen Etat übernommen wird. Auch wird der Verwaltung vorgeworfen, daß sie große Einnahmequellen (Abgabe der Straßenbahn, Billettsteuer) außer acht gelassen habe. Genosse Kranz sagte, wenn die Gemeindeabgaben erhöht werden, dann ziehen die Mieter nach Hamburg und lassen die Grundbesitzer die Anlage selbst bezahlen. Verschiedene Herren mußten sich sagen lassen, daß sie alles haben wollten, Straßenbau, Sielanlage usw., damit der Grund und Boden im Werte steige. Nun, wo alles vorhanden, wollten sie nicht zahlen. Zwei Hauptinteressenten, die die Angelegenheit seinerzeit am meisten gefördert hätten, haben sich jetzt zuerst über die hohen Kosten beschwert. Die Resolution wurde gegen zwölf Stimmen angenommen. Dabei wurden aber auch die anwesenden Nichtgrundbesitzer mitgezählt, zu sagen hatten diese aber nichts. Genosse Grewe hatte deswegen und wegen der groben Anrempelungen der sozialdemokratischen Gemeindeverordneten seitens eines Redners verzichtet, sich an der Debatte zu beteiligen. Anwesend waren zirka 250 Personen.

Wandsbeck und Umgegend.

Die Fürsorgestelle für Lungenkranke hält ihre nächste Sprechstunde am Donnerstag, 19. September, nachmittags von 3½ bis 5½ Uhr, im städtischen Krankenhause ab. Kinder müssen in Begleitung Erwachsener erscheinen.

Zum Raubmord in der Hinschenfelder Feldmark macht die Altonaer Staatsanwaltschaft bekannt, daß für die weitere Aufklärung des immer noch ungeklärten Falles M. 500 Belohnung ausgesetzt sind. Der des Raubmordes verdächtige galizische Arbeiter, der mit dem Getöteten zusammen wohnte und bei dem auch die Papiere des Erschlagenen gefunden sind, befindet sich noch in Haft. Uhr und Kette des Toten hat der Verdächtige verkauft; es fehlt aber noch ein Anhängsel, nach dessen Verbleib noch geforscht wird.

Gestohlen wurden dem in der Volksdorferstraße wohnenden Vollziehungsbeamten K. Goldsachen, Kleider und andere Gegenstände im Gesamtwert von M. 360. — Dem Hotelbesitzer Westphal entwendete man einen Barometer und eine große Bürste im Werte von M. 70.

t. **Bramfeld.** Wertsteigerung ländlicher Grundstücke. Wie rapide oft die Bodenpreise in Gegenden steigen, die durch ein Verkehrsmittel der Besiedelung erschlossen werden, zeigt so recht ein Landverkauf, der vor einigen Tagen perfekt geworden ist. Einige hiesige Einwohner besaßen in der Nähe der Farmsener Rennbahn ein größeres Terrain Moorwiesen. Die Wiesen hatten für die landwirtschaftliche Ausnutzung einen so geringen Wert, daß die Besitzer sich fast gar nicht um ihren Besitz kümmerten. Erst nachdem die Linienführung der Hamburger Walddörferbahn genau festgelegt und der Bau eines Bahnhofs in der Nähe der neuen Rennbahn in Aussicht genommen worden war, zeigte sich für das Moorwiesenterrain auf einmal mehr Interesse. Der frühere Hofpächter Kleinberg in Farmsen erbot sich vor einigen Wochen, das etwa 15 Hektar große Terrain für den Preis von M. 195 000 zu übernehmen. Die Besitzer, die an den Ernst des Angebotes gar nicht glaubten, gaben dem Pächter trotzdem den Besitz bis zum 15. September an die Hand. Zwei Tage vor Ablauf dieses Termins ist der Verkauf für den gebotenen Preis abgeschlossen und durch notariellen Vertrag endgültig beglaubigt worden. Für den Hektar der bisher fast wertlosen Moorwiesen wurde also jetzt der Preis von M. 13 000 bezahlt. Den Besitzern der Moorwiesen fiel durch das Walddörferbahnprojekt ganz unerwartet, ohne daß sie dabei sich irgendwie zu bemühen brauchten, ein größerer, unverdienter Gewinn in den Schoß.

Hamburger Landgebiet.

k. **Bergedorf.** Der Ausbau der Hochallee. Als ein erfreuliches Zeichen möchten wir die Tatsache registrieren, daß die betreffende Behörde der Stadt in letzter Zeit ein etwas schnelleres Tempo einzuschlagen scheint, wenn es gilt, den straßenmäßigen Ausbau brachliegender Geländestreifen zu betreiben. Bisher hat man leider nur allzu oft wahrnehmen können, daß vielfach an sich recht wichtige Projekte aus Gründen, die keinem Uneingeweihten bekannt wurden, auf die lange Bank geschoben wurden. Vielleicht ist es kein Zufall, daß dieses schnellere Tempo zeitlich mit der Geschäftsführung des Ratmannes Meyns zusammenfällt. Bei dem Ausbau der Hochallee handelt es sich allerdings um eine Straße des Villenviertels, ein Projekt, das, wie Ratmann Meyns sich ausdrückte, schon seit vier Jahren spukt, weil keine Einigung mit den hauptsächlich in betracht kommenden Anliegern erzielt werden konnte. Was solange nicht zustande gebracht werden konnte, ist nun in kurzer Zeit vollbracht. Das läßt vermuten, daß die lange Verzögerung einer Person zuzuschreiben ist, die in solchen Angelegenheiten eine ausschlaggebende Rolle spielte. Vielleicht wird jetzt auch bezüglich des Ausbaues und der Verbesserung der Straßen in der inneren Stadt ein etwas flotteres Tempo eingeschlagen. Nötig wäre es schon.

Bergedorf. Delegiertenversammlung des Gewerkschaftskartells am Donnerstag, 19. September, abends 8½ Uhr, im Lokale „Deutsches Haus". Tagesordnung: 1. Abrechnung vom Gewerkschaftsfest. 2. Verschiedenes.

k. **Reitbrook.** Die Leiche des jungen Mädchens, das in der Nacht zum 2. September von der Serrahnsbrücke in Bergedorf ins Wasser sprang, ist hier angetrieben und geborgen worden. Das Mädchen war aus Geesthacht gebürtig und in Bergedorf bedienstet.

Harburg und Wilhelmsburg.

Neuer Arbeitersekretär in Harburg. Genosse O. Günther, bisheriger Redakteur am „Braunschweiger Volksfreund", hat seine Stellung als Arbeitersekretär angetreten. Die Neubesetzung der Stelle war infolge Abreise des Genossen Langhorst nötig geworden.

Arbeitersänger. Der Deutsche Arbeitersängerbund veranstaltet am Mittwoch, 18. September, abends 8½ Uhr, im Lokale von Hans, Neuhoferstraße 1, eine öffentliche Sängerversammlung, in der über Zusammenschluß der Wilhelmsburger Arbeitergesangvereine gesprochen werden soll. Den Mitgliedern der Vereine, die sich dem Arbeitersängerbunde noch nicht angeschlossen haben, ist der Besuch der Versammlung zu empfehlen. Die Zersplitterung stört die Entwicklung und Förderung der Sangeskunst unter der Arbeiterschaft. Wie auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet die Zentralisation von Erfolgen begleitet war, hat der Sängerbund als Zentrale auch schon außerordentlich segensreich gewirkt.

Impftermine in Wilhelmsburg. Nachimpfung im XII. Bezirk durch Dr. Dienst im Lokale von W. Stüben am 19. September, nachmittags 4 Uhr: Bezirk Rotehaus mit Ausnahme von Buscherweg, Rotenhäuserstraße 1—75, Davidstraße, Heinrichstraße und Marienstraße. Vorstellungstermin am 26. September, nachmittags 4 Uhr, ebenfalls im Lokale von W. Stüben. — Im Bahnhofshotel am 19. September, nachmittags 4¾ Uhr: Stillhorn I mit Ausnahme von Hövelweg, Buscherweg, Rotenhäuserstraße 1—75, Davidstraße, Heinrichstraße und Marienstraße. Vorstellungstermin am 26. September, nachmittags 4¾ Uhr, ebenfalls im Bahnhofshotel. — Im Lokale von J. Sonneborn am 19. September, nachmittags 5 Uhr: Nieder- und Obergeorgswärder und Hövelweg. Vorstellungstermin am 26. September, nachmittags 5 Uhr, ebenfalls im Lokale von J. Sonneborn.

Im Irrsinn seinem Leben ein Ziel gesetzt hat in der Nacht zum Dienstag ein Milchhändler in Eißendorf. Der Mann war die ganze Nacht über aufgeblieben; er war der Meinung, es seien Leute auf dem Hofe und diese machten sich an den Türen zu schaffen. Doch war es jedenfalls der starke Sturm, der die Geräusche an der Tür verursachte. Plötzlich griff der Kranke in einen Kasten und holte einen Revolver daraus hervor. Als diese Waffe nicht schnell genug funktionierte, griff er zum Gewehr, dann wieder nahm er den Revolver zur Hand. Plötzlich krachte ein Schuß und der Milchhändler sank entseelt zu Boden. Ein Unfall soll ausgeschlossen sein. Man nimmt vielmehr an, daß die Tat in einem Anfalle geistiger Umnachtung geschehen ist.

Diebstähle und Hehlerei. Bei den Straßenbahnarbeiten in der Nähe des Niederfelderufers am Reiherstieg sind in den letzten Tagen an 130 Pfund Kupferdrähte abgerissen und gestohlen worden. Das Diebesgut wurde an einen Produktenhändler auf der Veddel verkauft. Die Nachforschungen haben ergeben, daß als Verkäufer ein Wilhelmsburger Produktenhändler in Frage kommt, der jedoch die Namhaftmachung seiner Komplicen verweigert.

Schleswig-Holstein.

Uetersen. Ausbeutung von Schulkindern im Dienste der Agrarier. Der Schulvorstand in Mooreege bei Uetersen muß recht eigentümliche Begriffe von seiner zu entfaltenden Tätigkeit haben. Nach dem „Uetersener Tageblatt" hat derselbe ein Gesuch an die Regierung gerichtet, die Ferien der Schulkinder noch um acht Tage zu verlängern, da die Kartoffelernte wegen des andauernden Regenwetters noch nicht beendet werden konnte. Danach scheint der Schulvorstand der Ansicht zu sein, daß die Ferien nur den Zweck haben, damit die Schulkinder den Landwirten billige und willige Arbeitskräfte liefern. Wahrscheinlich setzt sich der Schulvorstand nur aus sogenannten notleidenden Landwirten zusammen.

Kiel. Wieder ein alter Kämpfer gestorben. Genosse Ernst Larsen, einer der alten Garde, ist auf einem Spaziergange vom Tod überrascht worden. Während der Dauer des schimpflichsten Gesetzes, das je ein Kulturstaat gehabt hat, des Sozialistengesetzes, hat er auf den gefährlichsten Posten seinen Mann gestanden. Er kolportierte unter dem Ausnahmegesetz alle Druckschriften, die erlaubten sowohl wie die verbotenen. Durch sein immer freundliches Wesen und durch seine eindringliche Redeweise war er der geborene Agitator. Alle, die den Verstorbenen gekannt haben, werden ihm sicher ein freundliches Andenken bewahren.

Kiel. Die „Volkszeitung" vor Gericht. Das Schöffengericht in Kiel verurteilte, wie schon kurz berichtet, den Genossen Bielenberg als verantwortlichen Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" in Kiel wegen Beleidigung durch die Presse zu M 150 Strafe, eventuell 15 Tage Gefängnis. Die Beleidigung soll in einem Artikel enthalten sein, den die „Volkszeitung" veröffentlichte und in dem gesagt wurde, der Polizist Dähne und der Kontrolleur der Wach- und Schließgesellschaft, Gassau, beide in Itzehoe, hätten einen epileptisch veranlagten Menschen, als er auf der Straße einen Anfall bekam, mit Fäusten geschlagen. In der umfangreichen Zeugenvernehmung bestritten die beteiligten Personen, nämlich der Polizist und der Kontrolleur, sowie einige Schüler, daß der kranke Mann mit Fäusten geschlagen worden sei. Andere Zeugen bestätigten dagegen das in dem Artikel Behauptete. Das Gericht hielt den Wahrheitsbeweis nicht für erbracht. Die Aussagen zweier Zeugen, die die Behauptungen des Artikels eidlich bestätigten, wurden dadurch abgetan, daß man in der Urteilsbegründung erklärte, die Zeugen ständen mit dem Artikel in Verbindung, deshalb könne man ihrer Aussage nicht folgen. Das geschah, trotzdem Genosse Bielenberg ausdrücklich versichert hatte, daß beide Zeugen mit dem Artikel gar nichts zu tun gehabt hätten.

Hannover.

Stade. Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich in der Portland-Zementfabrik Hemmoor. Der Arbeiter Heinrich Lohse arbeitete allein in der Zementmühle. Dabei wurde er von einem Treibriemen erfaßt und in das Getriebe der Maschine gezogen. Andere Arbeiter fanden ihn später schrecklich verstümmelt und schon tot in dem Maschinengetriebe vor. Der Unglücksfall ist um so trauriger, als der 18jährige Verunglückte der Ernährer seiner Eltern war.

Mecklenburg.

Rostock. Rettung aus Seenot. Die Station Heiligendamm der Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Heute sind von dem Motorboot „Vagabund" aus Kiel, Kapitän Leutnant Mücke, das mit Motordefekt bei Heiligendamm mit Passagieren trieb, eine Dame und vier Herren, die von Nykoeping nach Fehmarn unterwegs waren, durch das Rettungsboot „Herzog Friedrich Wilhelm" glücklich geborgen worden.

Amtlicher Terrorismus. Die Großherzogliche Oberförsterei in Finkenthal veröffentlicht im „Oeffentlichen Anzeiger für das Großherzogliche Amt Dargun" Nr. 73 vom Mittwoch, den 11. September d. J., die folgende Bekanntmachung:

„Forstarbeiter. Bei der Annahme von Forstarbeiten für den kommenden Winter sollen in erster Linie Mitglieder des vaterländischen Arbeitervereins in Dargun und des evangelischen Arbeitervereins in Gnoien berücksichtigt werden. Dieselben haben sich bis zum 20. September d. J. auf der Oberförsterei oder bei den Schutzbeamten zu melden. In zweiter Linie sollen landwirtschaftliche Arbeiter bevorzugt werden, welche eine schriftliche Erklärung unterschreiben, daß sie keinem Sozialdemokraten bei der Reichstagswahl ihre Stimme gegeben haben, und sich, solange sie in der Forst beschäftigt sind, von der sozialdemokratischen Partei fernhalten und dieselbe in keiner Weise unterstützen. Dieselben haben sich bis zum 1. Oktober zu melden. Soweit dann noch Arbeiter fehlen, sollen die bisher beschäftigten Bauhandwerker wieder angenommen werden, da bekannt ist, daß sie unter den jetzigen Umständen sich den sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht entziehen können und da sie sich durchweg als fleißige und ordentliche Arbeiter erwiesen haben. Meldung derselben bis zum 10. Oktober. Prinzipiell wird den verheirateten Arbeitern vor den Ledigen den Vorzug gegeben. Von einigen besonderen Ausnahmen abgesehen, gilt als spätester Termin des Beginns der Forstarbeit der 1. November."

Die von uns gesperrt gesetzte Stelle ist im Inserat in Fettdruck gehalten. Leider ist es der mecklenburgischen Arbeiterschaft nicht möglich, die großherzogliche Regierung im Parlament zur Verantwortung zu ziehen, da die Ritter noch immer schön unter sich sind. Um so mehr hat aber die Reichsregierung die Pflicht, einen derartigen Terrorismus zu verbieten.

Der Parteitag.

C. B. Chemnitz, 17. September.

Zweiter Verhandlungstag.

(Telegraphischer Vorbericht.)

Vorsitzender **Noske**: Die holländischen Genossen veranstalten heute eine Wahlrechtsdemonstration (roten Dienstag) im Haag mit Demonstration vor dem Parlament. Wir bitten um die Ermächtigung, den holländischen Genossen die Sympathie des Parteitages telegraphisch auszudrücken und besten Erfolg zum Wahlrechtskampfe zu wünschen. (Allseitige Zustimmung.)

Die Debatte über den

Vorstandsbericht

wird fortgesetzt.

Giebel-Berlin wünscht eine planmäßige Agitation unter den Privatangestellten. Die Gewinnung der Masse der Kopfarbeiter ist, wie Kautsky jüngst betonte, die Vorbedingung des endlichen Sieges. Bürgerliche Parteien und Regierung sind aus wirtschaftlichen und politischen Gründen daran interessiert, die Vereinigung von Hand- und Kopfarbeitern zu hintertreiben. Aus diesen Motiven heraus hat die bürgerliche Reichstagsmehrheit die Angestellten-Versicherung geschaffen. Den Funktionären muß vom Parteivorstand Agitationsmaterial zur Privatangestelltenfrage übermittelt werden. Es muß Aufklärung gegeben werden über die Arbeit, die von den Sozialdemokraten in den Parlamenten für die Privatangestellten geleistet wurde und noch wird.

Dr. Laufenberg schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Weiter halten wir es für notwendig, daß ein allgemeiner Parteitag sich mit der Wahlrechtsfrage der Einzelstaaten, besonders Preußens, befasse. Mehr Aufmerksamkeit muß auch der dogmatischen Entwicklung des Zentrums entgegengebracht werden. Nach der Stellungnahme des Papstes sind die christlichen Gewerkschaftler gezwungen, in allen Kämpfen gegen sozialdemokratische Arbeiter Stellung zu nehmen. Durch den letzten Bergarbeiterstreik ist eine Wendung in der Geschichte der christlichen Gewerkschaftsbewegung eingetreten. Der Parteivorstand sollte für eine gründliche theoretische Aufklärung über diese Verhältnisse sorgen. Nun einiges zur Jugendfrage. Die Ausgaben unserer Zentralstelle betragen M. 8612 gegen M. 14 507 im Vorjahre. Der Zuschuß für die „Arbeiterjugend" von M. 9988 im Vorjahre hat sich auf M. 487 vermindert. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Hamburger Organisation im Berichtsjahr rund M. 7000 ausgab und beschlossen hat, nächstes Jahr M. 12 000 aufzuwenden. Sie werden zugeben, daß zwischen den Ausgaben einzelner Organisationen und den Ausgaben der Zentralstelle ein arges Mißverhältnis besteht.

Rosenfeld-Berlin spricht für den Antrag Sonderhausen, den Frauentag zukünftig im März stattfinden zu lassen und wünscht Festlegung des Termins für den Frauentag im März.

Biniskiewics-Kattowitz: Der Antrag Berlin 4 verlangt, daß die „Gazeta Robonicza" nach wie vor dreimal wöchentlich erscheint. Der Parteivorstand beschloß leider wieder nur einmal wöchentliches Erscheinen. Zur Reichstagswahl wurden aus allen möglichen Reichstagswahlkreisen polnische Flugblätter verlangt. Es war ein schwerer Fehler, erst einige Wochen vor der Wahl zu agitieren. Auch die Gewerkschaften haben ein erhebliches Interesse an wirksamer Propaganda gegen die nationalistischen Organisationen. Die preußische Regierung verhindert Versammlungen unter polnischen Arbeitern. Als einziges Mittel bleibt uns die Presse. Unterstützen Sie die tägliche Herausgabe.

Ring-Offenbach ist mit dem Vorstandsbericht durchaus zufrieden. An Aktivität habe es keineswegs gefehlt. Die langen Auszüge aus Parlamentsberichten in der sozialdemokratischen Korrespondenz seien agitatorisch wenig verwendbar. Mit Verlegung des Frauentages auf den März sei er einverstanden. Sehr notwendig wäre eine Konferenz der Kreissekretäre. Genosse Ulrich hat infolge zweier Vorkommnisse uns seine vier Mandate zur Verfügung gestellt. Die Kreisleitung wünscht einstimmig, daß Genosse Ulrich die Mandate behält, da weder ein persönlicher noch ein sachlicher Grund für seinen Entschluß vorliegt.

Schubarth-Köln befürwortet, daß der Parteivorstand in Verbindung mit dem Zentralbildungsausschuß eine Reihe von Büchern zur planmäßigen Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus herausgebe.

Runge-Köln vertritt den Antrag, baldigst eine Konferenz der Kreissekretäre einzuberufen, um über einheitliche Richtlinien in Organisation und Kleinagitation zu beraten. Wünschenswert ist ferner, daß wir zur Einheitlichkeit des Verwaltungsmaterials kommen. Für die Kreisleitungen sollte ein Mitteilungsblatt nach Berliner Art geschaffen werden.

Zur Göppinger Angelegenheit ist folgender Antrag Ledebour-Liebknecht eingebracht: „Der Parteitag spricht dem Parteivorstand für sein Vorgehen in der Göppinger Angelegenheit seine volle Billigung aus. Er erwartet, daß alle beteiligten Genossen ernstlich bestrebt sein werden, die Bemühungen des Parteivorstandes zur endlichen Beseitigung des unerträglichen Zustandes nach besten Kräften zu unterstützen und erwartet weiter, daß die Parteigenossen bei Neugründungen den in Betracht kommenden Beschluß des Münchner Parteitages sorgfältig beachten".

Vorsitzender **Noske**: Eine Abstimmung über diese neue Resolution ist nur möglich, wenn der Parteitag damit einverstanden ist.

Keil-Stuttgart: Die Debatte über die Angelegenheit ist gestern geschlossen worden. Wenn über die neue Resolution eine Abstimmung vorgenommen wird, dann würde es notwendig, die Debatte über die ganze Affäre wieder zu eröffnen.

Auer-München hält gleichfalls die Wiedereröffnung der Debatte für notwendig, wenn die Abstimmung gefordert wird.

Ebert bittet, eine Debatteeröffnung nur wegen der neuen Resolution abzulehnen. Der Parteivorstand hält in der Göppinger Angelegenheit eine besondere Vertrauensresolution nicht für erforderlich.

Liebknecht: Wird die Resolution Auer zurück genommen, wird auch unsere Resolution überflüssig.

Frank-Mannheim: Der Wunsch nach einmütiger Entschließung besteht auf allen Seiten. Aber hat der Parteitag nicht Veranlassung, Angriffe gegen die Ehre der ganzen Partei abzuwehren? Wenn der Parteitag zum Ausdruck kommen läßt, daß der Vorwurf schwerer Ehrlosigkeit — auch gestern ist dieser Vorwurf noch gegen den württembergischen Landesvorstand gemacht worden — unbegründet ist, haben auch wir kein Interesse an einem Beschluß.

Liebknecht: Das beste ist, wir bringen die Erwartung und das Verlangen des Parteitags zum Ausdruck, daß alle an der Göppinger Affäre beteiligten Parteigenossen mit allen Kräften dahin wirken, das Vorgehen des Parteivorstandes in dieser Angelegenheit zu unterstützen. Die Partei hat es doch nicht nötig, sich gegen den von irgend einem unverantwortlichen Menschen erhobenen wahnwitzigen Vorwurf zu verteidigen, daß seine Instanzen wucherische Mittel zur Gesinnungsbeeinflussung von Parteigenossen gebrauchen.

Bebel: Es wird Zeit, daß wir über diese ekelhafte Angelegenheit endlich hinwegkommen. (Allgemeine Zustimmung.) Ich bitte zu beachten, daß die Beschuldigung, die Parteiinstanzen hätten sich wucherische Erpressung erlaubt, von einer Persönlichkeit ausgegangen ist, über deren moralische Qualitäten wohl keine Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ich will der Persönlichkeit nicht einmal die Ehre antun, ihren Namen zu nennen. Mit dem Vorschlage, daß die Resolutionen zurückgezogen werden, sind wir vom Parteivorstand vollkommen zufrieden, wenn durch Dechargeerteilung die Zustimmung zum Vorgehen des Parteivorstandes gegeben wird.

Frank: Nach der Charakterisierung der Beschuldigung gegen den württembergischen Landesvorstand durch Bebel und den Erklärungen Liebknechts ziehen die Unterzeichner den Antrag Auer zurück.

Ledebour: Ich ziehe auch unseren Antrag zurück. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Damit ist die Geschäftsordnungsdebatte erledigt. Es folgt Fortsetzung der Diskussion über den Vorstandsbericht.

Neugebauer-Ludwigsburg wünscht Zustellung der Parteikorrespondenz an alle Funktionäre und vermehrte Unterstützung der Bildungsarbeit.

Büchner-Berlin vertritt den Antrag, die „Gazeta Robotnicza" wie bisher dreimal wöchentlich erscheinen zu lassen.

Frau **Zietz**: Bei gemeinsamem Bezug durch die Gemeindevertreter wird die „Kommunale Praxis" statt für M. 3 für M. 2,25 pro Quartal abgegeben. Die Wünsche auf Abonnementsverbilligung sind damit bereits erfüllt. Der Termin für den Frauentag lag in diesem Jahre tatsächlich nicht glücklich. Die Bezirksleiterkonferenz wird sich demnächst mit dem Termin für den Frauentag und seiner ganzen Ausgestaltung befassen.

Damit ist die allgemeine Debatte zum Vorstandsbericht erledigt. Es folgt die Debatte über

Anträge zur Presse und Literatur.

Berten-Düsseldorf: Der Parteivorstand gibt schon eine besondere Schrift für die Agitation unter den Blinden heraus. Dasselbe sollte auch für die Taubstummen geschehen, die an manchen Orten Vereine gebildet haben.

Dürr-München befürwortet einen Antrag, daß der Parteivorstand sich mit der Generalkommission in Verbindung setze, um unverzüglich die Gründung einer Zeitschrift vorzubereiten, deren Inhalt sich auf die gesamte Verwaltungstätigkeit der Versicherungsinstitute, auf Organisation der Wahlen dazu, auf Rechtsprechung der Spruchinstanzen erstreckt.

Ida Wulff-Berlin: Die Genossen von Berlin beantragen, die „Neue Welt"-Illustration besser zu gestalten. Ich bitte um Ueberweisung des Antrages an den Parteivorstand.

Scheibe-Bochum tritt für Herausgabe einer Modezeitung ein und fordert die Abgabe der Kinderbeilage der „Gleichheit" an die Organisationen zu billigem Preise.

Bérard-Hamburg betont, daß für die Ausgestaltung der „Neuen Welt" mit den zur Verfügung stehenden Mitteln das möglichste geschehe.

Luise Zietz: Den Antrag auf Inhaltsänderung der „Gleichheit" bitte ich abzulehnen. Das Niveau der „Gleichheit" darf nicht herabgedrückt werden. Das Blatt muß als Organ der aufgeklärten Genossinnen prinzipiell Stellung zu den auftauchenden Fragen nehmen. Die Kinderbeilage darf nicht abgetrennt werden. Wir müssen darauf bringen, daß die „Gleichheit" in ihrer Gesamtheit abonniert wird. Die Modezeitung ist von Ebert schon zugesagt. Ich möchte sie aber nicht Modezeitung, sondern „Praktische Arbeiterin" nennen. Eine besondere Literatur für Taubstumme, die doch lesen können, halte ich für überflüssig. Hier genügt Sektionsbildung.

Ludwig-Hagen: Genossin Zietz hat eine Masse Anträge zur Ablehnung empfohlen. Eine besondere Literatur für Taubstumme empfiehlt sich als Gegenwerk gegen die Literatur unserer Gegner.

Luise Zietz betont, der Parteivorstand werde von Zeit zu Zeit Flugschriften für die Taubstummen herausgeben.

Nunmehr wird über

Jugendpflege und Jugendbildung

debattiert. Hierzu liegt eine Protestresolution vor gegen die Verfolgungen, die sich staatliche Behörden aller Art gegen die proletarische Jugendbewegung herausnehmen. Außerdem liegt von Ebert und Genossen noch der Antrag vor: „Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen, durch geeignete Maßnahmen die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von 18 bis 21 Jahren für die Arbeiter-Organisationen zu gewinnen. Er hält es in erster Linie für die Pflicht der Bildungsausschüsse, die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen durch besondere Propaganda zu bildenden und belehrenden Veranstaltungen heranzuziehen und sie durch planmäßige Schulung zu dauernden und aufgeklärten Mitgliedern der Organisation zu machen."

Schulz-Berlin begründet die Anträge Ebert. Die Herausgabe eines Führers durch die sozialistische Literatur, wie ihn die Kölner fordern, ist vom Zentralbildungsausschuß geplant. Eine Reihe von weiteren Anträgen zur Bibliothekenfrage kann besser auf einer Konferenz der Bezirksbildungsausschüsse erörtert werden. Der Antrag auf Schaffung einer Zentralstelle für Lichtbildervorträge kann dem Zentralbildungsausschuß überwiesen werden. Wir haben natürlich nichts dagegen, wenn auch von bürgerlicher Seite eine Jugendbewegung eingeleitet wird, protestieren aber dagegen, daß staatliche Mittel dazu benutzt werden, um unter dem Deckmantel der Jugendbewegung aus politischen Gründen Angehörige des Staates zu bekämpfen. Warum dieser Kampf gegen die Arbeiterbildungsbestrebungen? Die „Hamb. Nachrichten" haben geschrieben: „In ihrer leidenschaftlichen Begierde, aus den Herzen der Arbeiterbevölkerung den Glauben an Ideale zu reißen, ist die Sozialdemokratie seit Jahren am Werke, die Jugend zu revolutionieren." Ist das Dummheit oder Infamie? Ich behaupte, wenn heute noch irgendwo Ideale sind, so bei der kämpfenden Arbeiterklasse. Das sozialistische Ziel vereinigt in sich alle unausgeführten wertvollen Ideale früherer Zeiten. (Lebh. Zustimmung.) Unsere Aufgabe ist es, die proletarische Jugend zu aufrechten, freien Menschen zu erziehen, die schon das Gefühl dafür bekommen, daß jedes Mitglied der Kulturgesellschaft die Pflicht hat, mitzuarbeiten an der sozialen und geistigen Hebung des Menschengeschlechts und sich für die höchsten und besten Kulturideale mit aller Kraft einzusetzen. (Stürmischer Beifall.)

Nach der

Mittagspause

eröffnet **Noske** wieder die Verhandlungen.

Hoffmann-Elberfeld tritt den Ausführungen von Schulz im allgemeinen bei. In bezug auf das Bibliothekwesen indes ist er mit ihm nicht einverstanden. Der Bildungsausschuß habe im Bibliothekwesen nichts getan. Es muß eine einheitliche Regelung erfolgen, es muß überhaupt mehr geschehen. Der Parteitag muß hier das treibende Element bilden.

Birckholtz-Hamburg wünscht eine stärkere materielle Förderung der Zentrale für Jugendfürsorge. Die bürgerliche Jugendbewegung darf nicht unterschätzt werden. Die religiöse Propaganda wird in versteckter Form geführt, das macht die Bewegung für uns gefährlich. Die bürgerliche Jugendzentrale verstand es, verschiedene Richtungen unter einen Hut zu bringen und einen glänzenden Stab von Mit-